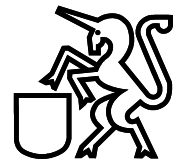


## 23. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 8. Juni 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Ruedi Herter Peter Schuppisser
Protokoll:	Marcel Amhof, Sekretär
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Stefanie Huber: GEU und Juso/SP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 22. Sitzung vom 4. Mai 2009
3. Postulat Kurt Berliat (CVP) „Ordnungsbussen für Littering“ / Beantwortung und Entscheid  
Abschreibung  
Geschäft Nr. 178/2008
4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) „Öffentliche WC-Anlagen“ / Beantwortung und Entscheid  
Abschreibung  
Geschäft Nr. 182/2008
5. Postulat SP/Juso-Fraktion „Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im städtischen  
Beschaffungswesen“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 208/2009
6. Interpellation Thomas Maier (GEU) „Stadtpolizei und Art der Patrouillen“ / Begründung  
Geschäft Nr. 235/2009
7. Interpellation Hans Baumann (SP) „Tarif- und Lohnpolitik bei der SFD AG“ / Begründung  
Geschäft Nr. 237/2009
8. Genehmigung der revidierten Statuten des Zweckverbandes Spital Uster  
Geschäft Nr. 198/2009
9. Vier Bürgerrechtsgesuche
- 9.1. Sivapalan Subajini geb. Suntharalingam, srilankische Staatsangehörige, sowie die Kinder  
Varunshan, Shruthishan und Mahathishaan, Kunklerstrasse 2  
Geschäft Nr. 101/2007
- 9.2. Koltunski Edouard Tadeusz und Halina Teresa geb. Kniola, französische Staatsangehörige,  
Hurdackerstrasse 6  
Geschäft Nr. 202/2009



- 9.3. Bilotta Francesco, italienischer Staatsangehöriger, Eglshölzliweg 2  
Geschäft Nr. 203/2009
- 9.4. Fusco Elena geb. Dellomonaco, italienische Staatsangehörige, Sunnhaldenstrasse 26b  
Geschäft Nr. 204/2009

## 1. Mitteilungen

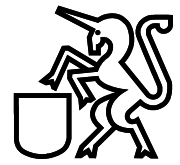
### Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Der Stadtschreiber Rolf Butz kann wegen einer Operation nicht an der Sitzung teilnehmen und lässt sich durch den Stadtschreiber Stellvertreter Patrick Schärer vertreten.
- Doppeltes Staatsbürgerrecht  
An der letzten Gemeinderatssitzung gab es eine Unklarheit betreffend des Antrags einiger der Bürgerrechtsbewerber auf doppelte Staatsbürgerschaft. Folgende Informationen können diesbezüglich gemacht werden:
  - Stevanovic Dalibor und Mladenka geb. Markovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Neuweg 12, Dübendorf (Geschäft Nr. 179/2008):  
Doppeltes Staatsbürgerrecht: Ja
  - Thomen geb. Stefan Rosalia Maria, französische Staatsangehörige, Alte Gfennstrasse 28, Dübendorf (Geschäft Nr. 188/2008)  
Doppeltes Staatsbürgerrecht: Ja
  - Cha Hee Young, koreanischer Staatsangehöriger, Bühlwiesenstrasse 3, Dübendorf (Geschäft Nr. 190/2008)  
Doppeltes Staatsbürgerrecht: Nein
- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung  
*Parlamentarische Vorstösse:*  
Zwei Schriftliche Anfragen (Hans Baumann „Lohndiskriminierung beim städtischen Personal“ / Erika Attinger „Förderprogramme erneuerbare Energie / Label Energiestadt“) wurden dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.  
Interpellation Hans Baumann „Tarif- und Lohnpolitik SFD AG“ wird an dieser Sitzung behandelt.  
Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 14 Mitunterzeichnende „Kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon“ wird an nächster Sitzung des Büros geprüft und an der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt.  
*Bürgerrechtsgesuche:*  
Zwei Bürgerrechtsgesuche wurden der BRK zur Behandlung zugewiesen.
- Nächste Sitzung  
Die nächste GR-Sitzung findet am Montag, 6. Juli 2009 um 19.00 Uhr im Saal des ReZ statt.

### Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen:

#### *Fraktionserklärung GEU (Stefanie Huber):*

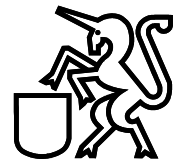
„Die Gruppe Energie und Umwelt setzt sich seit jeher für Verkehrslösungen ein, die den öffentlichen Verkehr ins Zentrum stellen. Gerade öffentliche Einrichtungen und Freizeitparks sollen gut mit Zug, Tram oder Bus erreichbar sein, auch für Familien. Wo ein Bedarf am Ausbau des Angebots besteht, soll dies diskutiert werden. Der Zoo Zürich ist über Tram und Bus bereits ans öffentliche Netz angeschlossen. Falls ein Ausbau dieser Verkehrsträger zur Lösung der Verkehrsprobleme des Zoos beiträgt, bietet die GEU Hand dazu. Die Erstellung einer Seilbahn, die im Moment in den Zeitungen kontrovers diskutiert wird, scheint uns hingegen ungeeignet und unverhältnismässig, um diese Probleme



zu lösen. Attraktive Kombi-Billette kann der Zoo bereits heute anbieten, um das Umsteigen auf den ÖV beliebter zu machen, dazu braucht es keine Seilbahn. Zu glauben, dass wegen der Zusatzattraktion Seilbahn ein Grossteil der Autos zuhause gelassen wird, ist in unseren Augen schlicht naiv – die Probleme werden vom Zoo zum Stettbach verlagert. Dabei sind die Parkplätze im Stettbach nicht das einzige Problem, denn die Strassen rundherum sind bereits ausgelastet. Auch ein Parkhaus löst die Probleme also nicht. Wir wehren uns dagegen, dass den Dübendorfern Mehrverkehr und Wildparkierer zugemutet werden, ganz abgesehen von einer Seilbahn im Garten oder auf Höhe ihrer Wohnzimmer. Bis jetzt noch gar nicht erwähnt wurde das Sagentobel als Naherholungsgebiet und Waldstandort mit naturkundlicher Bedeutung, das durch die Seilbahn tangiert würde. Ich bezweifle, dass die Mehrheit der Seilbahnverfechter, die nicht aus Dübendorf stammen, das betroffene Gebiet kennt. Sie wissen kaum, welche Einschnitte die Seilbahn in diesem Landwirtschafts- und Naherholungsgebiet mit sich bringen würde. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, auf weitere Argumente einzugehen. Die GEU spricht dem Stadtrat hier aber noch einmal die Unterstützung für sein konsequentes Engagement gegen das Projekt Seilbahn Zoo aus.“

*Fraktionserklärung SVP (Orlando Wyss):*

„Wie wir aus der Mitteilung unseres Stadtpräsidenten und auch aus den Medien erfahren haben, hat unser Stadtschreiber und Geschäftsleiter von Dübendorf, Rolf Butz, per Ende August 2009 seine Stelle gekündigt. Die SVP Dübendorf dankt an dieser Stelle Rolf Butz für seine engagierte Arbeit und wünscht ihm für seinen weiteren beruflichen und privaten Lebensweg alles Gute. Wie aus der Mitteilung von Lothar Zörjen und auch aus dem Artikel im ‚Glattaler‘ entnommen werden kann, hatte Rolf Butz zunehmend Mühe mit unserem politischen System und den seiner Meinung nach unklaren Machtverhältnissen in Dübendorf. Da in nächster Zeit die Stelle des Stadtschreibers ausgeschrieben und ein Nachfolger für Rolf Butz gesucht wird, sollte nach Meinung der SVP in dieser Stellenausschreibung das Stellenprofil klar und aussagekräftig dargestellt werden. Wie wir alle wissen, hat der Gemeinderat in der letzten Legislaturperiode den Versuch zur Einführung des New Public Management abgebrochen und ist wieder zum altbewährten Führungsinstrument zurückgekehrt. Er hat somit klar signalisiert, dass er die Kompetenzausweitung der Verwaltung nicht will. Trotz diesem Hintergrund hat der Stadtrat bei der Anstellung von Rolf Butz diesem eine Kompetenzerweiterung zugestanden, indem er ihn zum Geschäftsleiter der Stadt Dübendorf ernannt hat. Nach Meinung der SVP Dübendorf liegt die Führung der Verwaltung beim Stadtrat, so wie dies auch auf unserer Homepage der Stadt Dübendorf dargestellt ist. Der Ressortvorstand müsste die personelle, fachliche und qualitative Führung des ihm unterstellten Verwaltungspersonals ausüben. Dies beinhaltet die Personalrekrutierung, die Aufgabenbeschreibung und die Aufsicht über die geleistete Arbeit in der Abteilung durch den Ressortvorstand oder seines Chefbeamten. Die Kompetenz eines Geschäftsleiters, sich unter Umgehung des Ressortvorstandes direkt in die Belange der Abteilungen einzumischen, führt unweigerlich zu Spannungen, welche sich auf die Arbeit unserer Verwaltung nicht positiv auswirken. Dass es in diesem Zusammenhang zu Spannungen gekommen ist, wissen wir alle. Sollte der Stadtrat einen Geschäftsleiter einstellen wollen, müssten unserer Ansicht nach die Chefbeamten der einzelnen Ressorts durch Sachbearbeiter ersetzt werden, einerseits wegen der fehlenden Kompetenzen und andererseits aus finanziellen Aspekten. Da aber unsere Verwaltung nicht mit derjenigen einer Grossstadt verglichen werden kann, sollten wir auf die bewährte Regelung vor der Ära Butz zurückkehren und wieder einen reinen Stadtschreiber einstellen. Der Stadtschreiber von Dübendorf soll die Rolle einnehmen, die er bisher hatte, die Unterstützung des Stadtrates in fachlichen, organisatorischen und personellen Fragen. Vor allem sollte er sich mit politischen Äusserungen zurücknehmen und auch die Kommunikation gegen Aussen den gewählten politischen Vertretern überlassen. Die SVP Dübendorf erwartet vom Stadtrat im Interesse einer funktionierenden Verwaltung, sich bei der Stellenausschreibung wieder auf die Suche nach einem Stadtschreiber zu konzentrieren, und auf die Kompetenzerweiterung eines Geschäftsleiters zukünftig zu verzichten.“

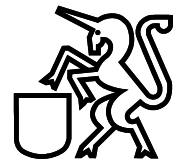


*Fraktionserklärung CVP (Stephan Schneider):*

„Unsere Badi! Die Sport- und Freizeitanlage AG Dübendorf, kurz SFD AG, hat Ihren Betrieb aufgenommen. Bereits hagelt es diverse politische Voten, welche die SFD AG in kritischem Licht erblicken lassen. Der Praxistest sieht auch nicht gerade frohlockend aus. Eine Badi, bei der man an der Kasse mit rauchendem Zigarettenqualm empfangen und mehr als störender Eindringling und nicht als willkommener Kunde behandelt wird, zeugt von einem noch nicht kundenorientierten Sportunternehmen. Wer in der Badi die liebgewonnene Bücherecke sucht, wo man sich ein Buch borgen konnte, sucht umsonst. Die Bücherecke hat sich in Luft aufgelöst. Dass man alleinerziehende Mütter oder Väter beim Billetkauf diskriminiert, ist alles andere als das, was man sich von unserer Badi wünscht. Immerhin gehört die Badi nach wie vor den Einwohner und Einwohnerinnen von Dübendorf. Und wo bleiben die Frühschwimmer? Während in der letzten Saison noch zahlreiche Frühschwimmer die Badi besuchten, weil sie schon vor 8 Uhr geöffnet wurde, bleiben diese nun weg? Schockierte diese zudem die frappante Anhebung der Eintrittspreise? Wäre den Frühsportler nicht die Möglichkeit zu geben, dass diese vor 8 Uhr Ihren Schwimmsport ausüben könnten. Denn Berufstätige können nicht erst um 8 Uhr in den Tag starten. Es würde uns freuen, wenn der Stadtrat sich für die Frühsportler einsetzen würde. Zu guter letzt würden wir es auch begrüßen, wenn zum liebgewonnenen Wirt des Restaurants, der aufgrund der Reaktionen der Besucher sehr geschätzt wird, auch Sorge getragen wird, und man für die Zukunft ein wirtschaftlich beidseits zufrieden stellendes Pachtverhältnis erarbeiten kann. Dabei darf aber nicht nur das Geld regieren. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat seinen Einfluss auf die SFD AG entsprechend geltend macht, so dass der Kundenservice in der SFD AG nicht einer allfälligen Gewinnoptimierung zum Opfer fällt. Das Willkommensschild beim Eingang sollte nicht nur eine Floskel sein, sondern auch gelebt werden. Wir freuen uns, wenn wir am Ende der Badi-Saison sagen können, es ist wieder unsere „Badi“, wo der Gast auch herzlich willkommen ist.“

*Fraktionserklärung GEU (Thomas Maier):*

„Es ist noch nicht lange her, da hat der Stadtrat von Dübendorf dringende Verkehrsmassnahmen kommuniziert. Ausgelöst durch den Bau der Glattalbahn. Provisorisch und ohne Möglichkeit von Einsprachen. Nicht nur wir von der GEU haben uns verwundert, aber freudig die Augen gerieben. Endlich hatte der Stadtrat die Zeichen der Zeit erkannt und gehandelt. Und dies erst noch äusserst erfreulich: Dübendorf wäre so endlich zu einem etwas ruhigeren Zentrum gekommen, der Durchgangsverkehr wäre konsequent auf die Hauptachsen konzentriert worden, und die längst fällige Schliessung der Hermikonerstrasse wäre zumindest in einer Richtung Tatsache geworden. Sie merken: ich verwende Konjunktiv. All die erwähnten Massnahmen fordert die GEU schon seit vielen, vielen Jahren und sie entsprechen nichts anderem als dem gesunden Menschenverstand und einer konsequenten Umsetzung von diversen Planungen und Versprechen (zig neue Verkehrsverbindungen hätten Dübendorf schon entlasten sollen). Sie böten unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, unserem Gewerbe und unsere Umwelt diverse Chancen: mehr Lebensqualität im Zentrum, mehr Raum zur Begegnung, zum Einkaufen und Geniessen (in Cafes zum Beispiel), mehr Langsamverkehr und so weiter und so fort. Ich habe bereits in einem Leserbrief auf diese Vorteile hingewiesen und gebeten, diesen provisorischen Massnahmen wenigstens eine Chance zu geben. Wie zu erwarten war, gab es (natürlich) Gegenwind. Nicht alle Gewerbetreibende (um eine Gruppe zu erwähnen) standen respektive stehen den Massnahmen aber so negativ gegenüber wie es zum Teil in der Öffentlichkeit den Anschein macht. Ich habe auch andere Voten gehört. Was aber überhaupt nicht zu erwarten war, war dass der Stadtrat vor allem in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden offenbar so komplett unvorbereitet an die Öffentlichkeit ging. Rasch entstand zumindest bei der GEU der Eindruck, dass der Stadtrat die vorbereitende und aktuelle Kommunikation dieses guten Beschlusses überhaupt nicht im Griff hat. Entsprechend wird jetzt zurück gekrebst, korrigiert, konzeptiert und verwässert. Was bleibt übrig? Heute können wir vor allem eines sagen: Ein Verkehrschaos im Stadtrat und mehr als nur ein Kollateralschaden an diversen sehr guten Ideen.“



*Persönliche Erklärung Andrea Kennel (SP):*

„Die Zooseilbahn ist ausgesteckt. Wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung bestanden ist, alle Auflagen erfüllt und das nötige Geld beisammen ist, dann wird die Seilbahn gebaut. Die voraussichtlich im Jahre 2015. Die Seilbahn führt hoch zum Sagetobelbach, wo der Wald tief gehalten werden muss. Schneisen müssen dazu aber keine geschlagen werden, und auch grossflächige Rodungen gibt es keine. Drei Masten der Bahn werden im Wald aufgestellt. Und wie kommt man an die drei Standorte der Masten heran? Es bestehen bereits Wege. Die Seilbahn ist also gut durchdacht, und ich gehe davon aus, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung bestanden wird. Das Problem bleibt der Verkehr, und hier hat die Stadt Einflussmöglichkeiten. Die Stadt als Grundeigentümer und als politische Organisation hat sicher Einflussmöglichkeiten. Solange aber ein kategorisches Nein kommuniziert wird, kann nicht verhandelt werden. Die Seilbahn kann nicht verhindert werden. Daher ist es wichtig, im richtigen Moment die Interessen von Dübendorf klar und deutlich einzubringen. Nur so können Massnahmen und Rahmenbedingungen verhandelt werden, die beispielsweise sicher stellen, dass der Autoverkehr auf einem vernünftigen Mass bleibt. Ich habe gesagt, dass die Interessen von Dübendorf im richtigen Moment eingebracht werden müssen. Dieser ist jetzt mit der Planaufgabe klar gekommen. Die Planaufgabe ist wahrscheinlich sogar der letzte Moment aktiv zu werden. Daher fordere ich den Stadtrat auf eben aktiv zu werden und Rahmenbedingungen für die Seilbahn festzulegen. Sonst ist die Seilbahn ohne Dübendorf abgefahren.“

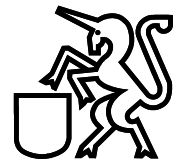
## **2. Protokoll der 22. Sitzung vom 4. Mai 2009**

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## **3. Postulat Kurt Berliat (CVP) „Ordnungsbussen für Littering“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung (Geschäft Nr. 178/2008)**

Stellungnahme Stephan Schneider (CVP) zur Antwort des Stadtrates:

„Blick zurück: Was verlangte das Postulat? 1. Der Stadtrat Dübendorf wird beauftragt im Zusammenhang mit dem sich in Bearbeitung befindenden Abfallkonzept für die Stadt Dübendorf das Gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren für Littering einzuführen und die hierfür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. 2. Begleitende Massnahmen zum Ordnungsbussenverfahren sind auszuarbeiten und vorzulegen. Eine Beurteilung der Stellungnahme des Stadtrates: Nach wie vor sieht der Stadtrat Handlungsbedarf im Bereich Littering. Doch in der Antwort des Stadtrates ist mit Ausnahme des Vorschlages über Ordnungsbussen bei Littering nichts zu erkennen, wie er diesem Problem Herr und Meister werden möchte. Rein die Feststellung, dass es kein Patentrezept gibt zusätzlich einigen pauschalen Aussagen, blieb die Antwort sehr offen formuliert, ohne klar erkennen zu können, wie der SR das Problem anpacken möchte. Eigentlich erstaunlich, sind doch seit dem Postulat schon fast zwölf Monate verstrichen. Punkt 2 des Postulates blieb gänzlich unbeantwortet, worüber die Postulanten sehr enttäuscht sind. Punkt 1 des Postulates hingegen wurde zumindest mit einem Vorschlag, wie Ordnungsbussen aussehen könnten, beantwortet. Der Vorschlag, wie die Polizeiverordnung PVO angepasst werden könnte, ist ein richtiger Schritt, um zumindest Littering ahnden zu können. Mit Bussen kann das Littering klar eingedämmt werden. Leider hat der Stadtrat keine Aussage gemacht, bis wann das Ordnungsbussensystem eingeführt wird. Doch was nützen Ordnungsbussen, wenn sie nicht angewendet werden? Es ist den Postulanten bewusst, dass Bussen das letzte Mittel sind, um das Littering eindämmen zu können. Die Postulatantwort schweigt sich aber aus, wie die angepasste PVO umgesetzt wird. Wir sind der Ansicht, dass nur das in die PVO gehört, was auch tatsächlich in die Tat umgesetzt wird. Nur schlummernde Paragraphen nützen niemandem und



schon gar nicht im Kampf gegen das Littering. Daher darf die Anpassung der PVO nicht losgelöst von der Umsetzungsfrage angepasst werden. Lieber ein Paragraph weniger, dafür werden diejenigen, die wir haben angewendet. Die Vorgehensweise zuerst Paragraphen und dann schauen, was daraus gemacht wird, wird als nicht erfolgreiche Strategie gewertet. Die Postulanten möchten deshalb wissen, wie die Umsetzung aussieht. Wenn man nicht gewillt wäre, die Ordnungsbussen anzuwenden, dann braucht es auch keine Bussen und somit keine Anpassung der PVO. Wir möchten daher den Stadtrat eindringlichst bitten, sich zu äussern, wie er gedenkt, den Ordnungsbussenkatalog im Bereich Littering in die Tat umzusetzen, damit die angepasste PVO nicht zum Papiertiger wird. Gesamthaft erachten wir das Postulat als ungenügend beantwortet. Die Ausbeute nach fast zwölf Monaten in Bezug wie man dem Littering Herr werden möchte, ist eher als mager zu bezeichnen und lässt durchwegs den Eindruck erwecken, dass man diesem Thema nicht die notwendige Dringlichkeit beimisst. Die Bevölkerung erwartet aber dringlichst Taten. Die Postulanten sind der Ansicht, dass das Postulat aus folgenden Überlegungen aufrecht gehalten werden sollte: Der Stadtrat wird gebeten, den Punkt 2 des Postulates umfassend zu beantworten, so dass das Thema Littering klar erkennbare Konturen erhält, wie man diesem Gesellschaftsproblem in Zukunft umgehen will, sprich wie die begleitenden Massnahmen zum Ordnungsbussenverfahren im Detail aussehen. Beim Punkt 1 ist darzulegen, wie ein Ordnungsbussensystem im Alltag umgesetzt werden könnte, und bis wann dieses eingeführt wird. In diesem Sinne bitten wir den Rat, das Postulat aufrecht zu erhalten, bis die entsprechenden Klarheiten vorliegen.

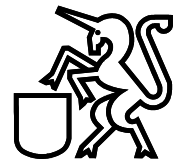
## Allgemeine Diskussion:

### *Patrick Angele (Juso):*

„Littering ist in allen grossen Städten Europas ein Problem. So auch in der nicht ganz so grossen aber doch städtischen Stadt Dübendorf. Achtlos oder mutwillig weggeworfener Müll stört, da sind wir uns alle einig. Abfall im öffentlichen Raum beeinträchtigt die Lebensqualität aller und ist deshalb zu beseitigen. Es herrscht diesbezüglich auch in Dübendorf, vor allem rund um den Bahnhof, dringender Handlungsbedarf. Dieses Postulat ist eine Folge der Untätigkeit des Stadtrates. Das Abfallkonzept lässt schon viel zu lange auf sich warten. Dass nun mit solchen Vorstössen dem Stadtrat Druck gemacht wird, ist grundsätzlich richtig, die Art und Weise aber finde ich falsch. Ich wehre mich hier gegen ein Ordnungsbussenverfahren. Es lenkt nur davon ab nachhaltige und eben auch etwas teurere, Massnahmen zu treffen. Wer mit Sanktionen Ordnung schaffen will, der muss auch bereit sein, diese zu ahnden. Und genau da ist der Punkt. Wir kennen es aus dem Strassenverkehr. Alle wissen, dass zu schnelles Fahren strafbar ist und mit hohen Bussen sanktioniert wird. Doch das Wissen darüber alleine genügt nicht. Nur wer weiss, dass er dabei erwischt werden kann hält sich an die Regeln. Das zeigen mehrere Studien. So wird es sich auch beim Abfall verhalten. Ich glaube, nein ich weiss von meinem Besuch bei der Stadtpolizei, dass diese alle Hände voll mit Anderem zu tun hat. Die Polizei zusätzlich mit solchen Dingen zu belasten finde ich falsch. Statt sich um Zigistummel und spuckende Jugendliche zu verfolgen, sollten wir lieber der Polizei Kapazitäten lassen um beispielsweise die Raserrei, so bei der Wangenstrasse, zu bekämpfen. Dort geht es um Menschenleben und dir sind mir wichtiger. Wer wirklich etwas gegen Littering zu tun gedenkt, der soll sich doch bitte für mehr Umweltbildung in der Schule und öffentliche Kampagnen einsetzen. Das kostet Geld und bringt nichts ein, ist aber auf längere Sicht effizienter. Zum Schluss müssen halt, und das ist in diesem Rat schon öfters bemängelt worden, mehr Abfalleimer, wieder das Stichwort Bahnhof, aufgestellt werden. Ich fordere den Stadtrat auf, auf diese unnötige Belastung der Polizei zu verzichten und endlich mit dem Abfallkonzept vorwärts zu machen. In dem Sinne spreche ich mich für eine Aufrechterhaltung des Postulates aus.“

### *Andrea Kennel (SP):*

„Am nächsten Sonntag ist Frauenlauf, und ich war heute Morgen nochmals trainieren. Wie immer joggte ich der Glatt entlang in Richtung Hermikon. Es ist tatsächlich störend, wie viel Abfall da auf



dem Glattweg herum liegt. Heute habe ich mich aber mal darauf geachtet, wo denn dieser Abfall herum liegt. Was meinen Sie, wie ist der Abfall zwischen Bahnhofstrasse und Eisbahn etwa verteilt? Nein, er ist nicht regelmässig verteilt. Der Abfall ist hauptsächlich bei den Abfallkübeln. Aber eben nicht im Kübel, sondern rund um den Kübel. Teilweise sieht es so aus, als ob der Abfall neben dem vollen Kübel deponiert wurde und dann von einem Tier durchwühlt und verteilt wurde. Das Bild, das sich dann an einem Montagmorgen ergibt, ist nicht gerade erfreulich, man kann es sogar als ‚grusig‘ bezeichnen. Es ist daher klar, dass etwas getan werden muss, denn das Problem wird mit den sonnigen Abenden im Sommer höchstens schlimmer. So stellt sich die Frage, was Bussen bringen. Ich bin mir sicher, dass auch beim Littering Bussen alleine nicht genügen, um das Problem zu lösen, zumal die Täterin oder der Täter in flagranti erwischt werden muss, um gebüsst zu werden. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass Bussen als eine Massnahme unter vielen mithelfen können, das Litteringproblem einzudämmen. Für mich ist klar, dass in Schulen Littering thematisiert werden muss, dass der Abfall möglichst rasch aufgeräumt werden muss. Diese und andere präventive Massnahmen wurden im Gemeinderat von verschiedenen Seiten schon verlangt und warten nur noch auf eine Umsetzung. Zurück zum Bild, das ich eingangs beschrieben haben mit dem Abfall vor den Abfallkübeln an der Glatt: Dieses Bild zeigt sich am nördlichen Glattufer, wo es die kleinen alten Abfallkübel hat, die oben offen sind. Ein anderes Bild sah ich auf dem Rückweg am südlichen Glattufer. Im Glattpärkli stehen hier die sogenannten Haie, die neuen Abfallkübel mit Schlitz. Vor allem aber stehen hier bei den Bänkli sehr grosse Abfalltonnen mit Roten Deckel und Klappeinwurf. Auch hier lag Abfall herum, aber wirklich nur ganz wenig. Es sieht also ganz so aus, wie eine Mehrheit den Abfall gerne richtig entsorgt, aber nicht immer die Möglichkeit dazu hat. Daher bitte ich den Stadtrat noch vor Einführung der Bussen genügend und geeignete Abfallkübel und Abfalltonnen bereitzustellen. Ich wäre für die Abschreibung des Postulates gewesen, aber für mich fehlt das Gesamtkonzept.“

*Stadtrat Rolf Güttinger (EVP):*

Er habe in dieser Diskussion nichts gehört, was nicht auch im Abfallkonzept stünde. Der Stadtrat werde dieses Abfallkonzept am kommenden Freitag behandeln. Er bitte die Gemeinderäte, das Konzept richtig durchzulesen und Wünsche anzubringen. Es sei indes schwierig, zusätzliche oder grössere Abfalleimer zu beschaffen, wenn der Gemeinderat die finanziellen Mittel dafür aus dem Voranschlag gestrichen hätte.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

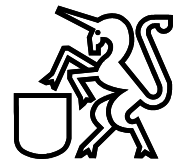
Für Abschreibung des Postulates	17 Stimmen
Gegen Abschreibung des Postulates	19 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 178/2007 somit auf die Pendenzenliste gesetzt.

## **4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) „Öffentliche WC-Anlagen“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung (Geschäft Nr. 182/2008)**

Stellungnahme Gaby Gossweiler (FDP) zur Antwort des Stadtrates:

„Die im Postulat enthaltene Forderung zur Erstellung von öffentlichen Hygieneeinrichtungen (WC) ist weder eine Forderung von links, noch von rechts, noch eine freisinnige, sondern eine der Wertschätzung der Politik gegenüber den Steuerzahlenden von Dübendorf. Sie stellt auch keine Begehrlichkeit dar, sondern Nachholbedarf bei einer zu oft auf die lange Bank verschobenen dringend notwendigen Investition in die Lebensqualität in der Stadt Dübendorf. Noch selten habe ich beim Lesen einer Pos-



tolatsbeantwortung durch den Stadtrat derart verzweifelt den Kopf schütteln müssen, wie diesmal. Vor meinem geistigen Auge hat sich deutlich die Visualisierung des Standortmarketings des Stadtrates aufgedrängt: eine Dame mit prächtigem, blumengeschmückten Hut und völlig verwahrlosten Schuhen. Der blumige Schmuck auf dem Kopf trägt Namen wie Eingangstor zu Dübendorf, Visitenkarte für die Stadt – Bahnhof Stettbach, städtebauliche Vollkommenheit – Bahnhof Nord, Bogenhaus, Vision Zukunft: Überbauung Hochbord. Die ungepflegten Schuhe haben beim heutigen Geschäft auch Namen: fehlende Investitionen in Wohnqualität, fehlende Investitionen in Kinderfreundlichkeit, fehlende Investitionen in Stadtimage, Vernachlässigung der Bedürfnisse der Steuerzahlenden. Bereits im Frühjahr 2008 liess sich der Leiter Tiefbau im ‚Glattaler‘ dahingehend zitieren, dass ein Konzept die Notwendigkeit zusätzlicher öffentlicher Hygieneeinrichtungen ergeben hätte, dass aber die Finanzen für die Umsetzung dieser Notwendigkeit nicht vorhanden wären. In der vorliegenden stadt-rätlichen Beantwortung des Postulates steht der Hinweis, dass die Erstellung des Konzeptes im November 2008 erfolgt wäre. Was stimmt jetzt tatsächlich? Die Beantwortung des Stadtrates zeigt, dass anscheinend im völligen Wissen um die fehlenden Finanzen – ansonsten diese im Budget oder Finanzplan eingestellt worden wären – ein Auftrag erteilt worden ist, dreimal dürfen sie raten wofür: Bingo, für ein Konzept! Ein Konzept über die generelle Situation der öffentlichen Hygieneeinrichtungen der Stadt Dübendorf, die – wen wundert’s –aufzeigt, dass derartige Anlagen einem dringenden Bedürfnis entsprechen würden und unter Bericht und Strategie wird unter anderem festgehalten, dass derartige Anlagen das Image der Stadt bei der Bevölkerung und bei externen Gästen markant steigern würden und dass die Verweildauer der Besucher für Einkäufe etc. merklich steigern würden. Die Ratskolleginnen und -kollegen der SVP, die sich als alleinige Hüter der KMU betrachten, müssten diese Aussagen aufhorchen lassen. Unter geeigneten Standorten sind der Bahnhof, das Glattquai und der Chilbiplatz aufgeführt. Vor allem die Aussage, dass bei der Wiederherstellung der Hygieneeinrichtung am Bahnhof auf eine Wickelmöglichkeit verzichtet werden soll, zeigt, dass anscheinend keiner der planenden Herren mehr im Alter ist, in dem Kleinkinderbedürfnisse eine Rolle spielen oder aber die Enkelkinder sind längst keine Kleinkinder mehr. Aus der Beantwortung geht klar hervor, dass eine Einrichtung am Glattquai dringend notwendig wäre. Die vorgebrachten Argumente, warum diese zurzeit nicht erstellt werden kann, sind für mich nicht stichhaltig. Vielleicht darf ich dem Stadtrat daran erinnern, dass sich Ratten nicht nur mittels Entenfutterresten ernähren. Mit vielen Worten ist erklärt worden, dass die jetzige Situation unbefriedigend sei, dass etwas gemacht werden müsse, dass aber eine Lösung zum jetzigen Zeitpunkt finanziell nicht tragbar wäre. Dass beim Bahnhof etwas geschehen müsse, sei klar – aber bitte mit Wickelmöglichkeit für Kleinkinder. Als Lachnummer der laufenden Legislatur wird tatsächlich vorgeschlagen, mit Dritten wie Kirchen und Restaurants eine Lösung zu suchen und Vereinbarungen abzuschliessen, die das Benutzen bestehender Anlagen im Besitze Dritter ermöglichen würden. Dass eine derartige Vereinbarung je zu Stande kommen könnte, bezweifle ich doch sehr, da bisher dem zuständigen Stadtrat eine derartige Variante von Lösungssuche sehr schwer gefallen ist. Ist ihm doch von Seiten der GRPK bereits mehrmals mitgeteilt worden, dass gewünscht wäre, dass bezüglich dem Verkauf von Badges für die Velostation mit Gewerbetreibenden am Bahnhof eine Vereinbarung zu treffen sei bezüglich einer kundenfreundlicheren Möglichkeit der Beschaffung von Velostation-Badges. Diese können bis anhin und nach Auskunft der Stadtverwaltung vom 2.6.2009 auch weiterhin nur zu Schalteröffnungszeiten im Stadthaus bezogen werden. So viel zu Vereinbarungen mit Dritten! Ausserdem: wie und wo soll derjenige, der dringend muss, erfahren, wo er darf ohne konsumieren zu müssen? Die Postulanten ersuchen den Stadtrat um eine Neu- beurteilung der Situation unter Einbezug eines etappierten Vorgehens der Umsetzung des Konzepts ‚öffentliche Hygieneeinrichtungen in Dübendorf‘, eventuell unter Einbezug von privaten Anbietern dieser Art von Dienstleistungen und/oder konkrete Angaben darüber, wie er sich die Umsetzung dieser Aufgabe unter Einbezug von Dritten mit den entsprechenden Zusagen von Dritten und mit den Kostenfolgen für die Stadt Dübendorf vorstellt. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat aufrecht zu erhalten.“





## Allgemeine Diskussion:

### *Pia Etter (SP):*

Dübendorf mit seinen 23'000 Einwohnern habe vielleicht bald einmal ein öffentliches WC – beim Bahnhof. Der Stadtrat sehe zwar die Notwendigkeit für öffentliche Toiletten, doch Kosten solle es möglichst nichts. Für all jene, die auch der Meinung seien, dass öffentliche WCs ein Luxus seien und nicht gebraucht werden, denen rate sie, mal beim Velounterstand an der Neuhofstrasse mal ein Auge voll zu nehmen – nicht eine Nase voll. Sollte man tatsächlich eine kluge Lösung im Dorfkern mit den Restaurants und den Kirchen finden, was sie zwar persönlich nicht glaube, dann sollte man das auch noch gut in der Bevölkerung kommunizieren, auch bei jenen, die keine Zeitung lesen. Aber was solle man machen, wenn man an der Glatt oder beim Chriesbach spaziert und plötzlich sollte. Sie schlage da dasselbe Prinzip vor wie beim Robi-Dog, zusammen mit Stellwänden, hinter denen man sich verstecken könne. Das koste fast nichts und die Stadt käme mit einer derartigen Lösung bestimmt im Fernsehen und in allen Zeitungen. Wenn man aber nicht so viele Aufmerksamkeit wolle, würden vielleicht auch ganz einfach ToiToi-WCs genügen – wie in Niederuster am Greifensee.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

Für Abschreibung des Postulates

21 Stimmen

Gegen Abschreibung des Postulates

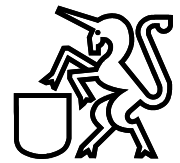
14 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 182/2007 somit abschliessend behandelt.

## **5. Postulat SP/Juso-Fraktion „Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im städtischen Beschaffungswesen“ / Begründung und Überweisung (Geschäft Nr. 208/2009)**

### Andrea Kennel (SP) begründet das Postulat:

„Wer privat etwas baut oder einkauft, kann und darf bewusst einkaufen. Dazu gehört nicht nur der Preis, sondern auch wie und wo etwas hergestellt wurde. Im öffentlichen Beschaffungswesen sieht das etwas anders aus. Hier kann man nicht so einfach sagen, auch wenn es etwas teurer kommt, werden wir nur Schweizer Produkte berücksichtigen. Der Preis ist immer ein relativ wichtiges Kriterium. Es ist aber bereits heute möglich, nur Verkäufer zu berücksichtigen, die branchenübliche Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit für Mann und Frau gewährleisten. Diese Möglichkeit erlaubt unter schweizerischen Anbietern diejenigen zu berücksichtigen, die faire Arbeitsbedingungen erfüllen. Doch die Globalisierung schreitet schnell voran. Es ist heute kein Problem von irgendwo in der Welt Materialien kostengünstig nach Dübendorf zu liefern. Doch wie können wir ein Angebot aus dem fernen Ausland mit einem Angebot aus der Schweiz vergleichen? Das einfachste Kriterium ist hier klar der Preis. Doch dieses Kriterium kann sehr unfair sein. Dies aus zwei Gründen. Erstens: Wir wissen nicht, wie die Arbeitskräfte im fernen Ausland behandelt werden. Wir wissen nur, dass es dort nicht immer so fair zu und her geht wie bei uns. So wissen wir, dass viele Kinder nicht zur Schule gehen dürfen, sondern schufteln müssen. Das ist unfair. Zweitens: ein reiner Preisvergleich ist auch gegenüber lokalen Anbietenden unfair. Wer seine Angestellten fair behandelt, zahlt auch einen fairen Lohn. Dafür muss aber auch ein fairer Preis verlangt werden, der dann eben höher sein kann als bei Import. Für einen fairen Vergleich von internationalen Angeboten ist es daher sinnvoll, auch internationale Richtlinien zu verwenden. Hierfür gibt es die Bestimmungen der Kern-Übereinkommen der Internationalen Arbeits-Organisation (IAO). Wir laden daher den Stadtrat ein, zu überprüfen, ob im Beschaf-



fungswesen diese Richtlinien als Kriterium aufgenommen werden können. Damit verhindern wir nicht nur Kinderarbeit, wir schützen und stützen auch das lokale Gewerbe.“

## Allgemeine Diskussion:

### *Steven Sommer (SVP):*

Man merke, dass bald Wahlen anstünden, hätte sich doch der Gemeinderat wieder einmal mit einem unnötigen Postulat zu befassen. Dieses Postulat ziele an den Problemen der Stadt vorbei. Meist würde die Stadt bei der Beschaffung sowieso das lokale Gewerbe berücksichtigen. So schön es auch töne, so sei das Postulat dennoch abzuschreiben, denn es gebe dringendere und wichtigere Dinge zu lösen.

### Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen und das Beschaffungswesen transparent zu machen. Erst dann könne beurteilt werden, ob dieses Thema relevant sei.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

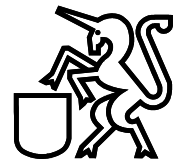
Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	15 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	21 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 208/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.

## **6. Interpellation Thomas Maier (GEU) „Stadtpolizei und Art der Patrouillen“ / Begründung (Geschäft Nr. 235/2009)**

### Thomas Maier (GEU) begründet die Interpellation:

„Gerne begründe ich ganz kurz meine eingereichte Interpellation an den Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass sie sie alle gelesen haben und fasse mich daher sehr kurz. Wie sie alle wissen, besitzt die Stadtpolizei Dübendorf seit längerem spezielle Fahrräder, um in Dübendorf auf Patrouille gehen zu können. Diese Anschaffung wurde – auch hier im GR – damals gross gefeiert und angekündigt. Als Argumente wurden damals vor allem die gesteigerte Sicherheit in den Quartieren und die umweltfreundliche Fortbewegungsart ins Feld geführt. Dass Fahrräder umweltfreundlicher und damit dem Label Energiestadt entsprechender sind als Polizeiautos muss ich wohl nicht weiter erläutern. Wichtig ist mir aber festzuhalten, dass vor allem damit argumentiert wurde, dass Patrouillen zu Fuss oder auf dem Fahrrad die Sicherheit in den Quartieren vor allem in den Randstunden viel eher gewährleisten, als Polizisten die im Auto sitzend kurz durchs Quartier fahren – ohne Geräusche oder Verdächtiges auf Vorgärten zu hören. Seit der Beschaffung dieser Fahrräder ist es um diese sehr, sehr ruhig geworden. Ich kann zwar selber nicht beurteilen, wie nicht benutzte Fahrräder aussehen – meine vier Velos werden täglich intensiv bewegt – ich stelle mir diese aber ziemlich eingerostet vor. Ob wohl die Kette noch dreht oder schon komplett festgerostet ist? Ich hoffe, wir werden dies erfahren, denn seit dem Zeitpunkt der Beschaffung habe ich diese Fahrräder im Unterschied zum neuen Auto nicht mehr zu Gesicht bekommen. Zum Abschluss noch eine Bemerkung: Ich habe beim Stadtrat (und Polizeivorstand) mehrfach nachgefragt, wie es denn mit den Fahrradpatrouillen steht. Leider habe ich bis heute keine abschliessende und befriedigende Antwort erhalten – auch daher nun diese Interpellation. Ich bitte daher den Stadtrat um eine möglichst rasche und fundierte Beantwortung meiner Fragen



nach den Kosten für Auto respektive Fahrräder und seine Einschätzung des Nutzens der verschiedenen Patrouillenarten.“

Das Geschäft Nr. 235/2009 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

## **7. Interpellation Hans Baumann (SP) „Tarif- und Lohnpolitik bei der SFD AG“ / Begründung (Geschäft Nr. 237/2009)**

Hans Baumann (SP) begründet die Interpellation:

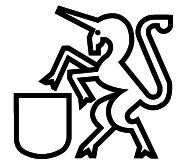
„Die Tariferhöhung in der Badi hat viele Bürgerinnen und Bürger vor den Kopf gestossen. Dass die Ankündigung der höheren Eintrittspreise gerade zusammenfiel mit der Gründung der neuen SFD AG, welche neu die Dübendorfer Sportstätten betreibt, war eventuell nicht die beste Marketingidee. Zudem ist es nicht sicher, ob eine solche Tariferhöhung in konjunkturell unsicheren Zeiten auch wirklich zu Mehreinnahmen führt, da ja auch die Anzahl der Besucher zurückgehen könnte. Uns interessiert deshalb, ob man sich diese Überlegungen gemacht hat, bevor die Eintrittspreise erhöht wurden und zu welchen Schlussfolgerungen der Verwaltungsrat gekommen ist. Sozial- und familienpolitisch bedenklich finden wir insbesondere, dass bei der Kindersaisonkarte Alleinerziehende plötzlich doppelt so viel bezahlen sollen wie vorher. Wir hoffen immer noch, dass dies ein Druckfehler oder eine Kommunikationspanne ist und gar nicht stimmt. Wenn das aber stimmt, möchten wir wissen, ob der Stadtrat als Mehrheitsaktionär bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass die SFD AG wenigstens solche krasen Verteuerungen der Eintrittspreise zurücknimmt. Auch bei der Personalpolitik hat die SFD AG keinen glücklichen Start hingelegt. Wir finden es nicht richtig, dass Personen, die als Bademeister in Dübendorf arbeiten wollen, Fr. 1.60 weniger pro Stunde angeboten wird als vor zwei Jahren. Das sind immerhin fast 300 Franken pro Monat. Natürlich wurde in der Weisung des Stadtrats zur Gründung der SFD AG nur zugesagt, dass die Löhne der bisherigen Angestellten garantiert werden. Aber man kann auch Lohndumping betreiben, indem bei Neuanstellungen bzw. Aushilfen Tiefstlöhne bezahlt werden. Nützt hier die SFD AG nicht die steigende Arbeitslosigkeit aus, um das Lohnniveau zu senken? Dabei ist das Lohnniveau für Bademeister in Dübendorf ohnehin schon tiefer als in vergleichbaren Gemeinden. In Zürich oder Uster verdienen Bademeister nach unseren Erkundigungen rund 3 Franken pro Stunde mehr als in Dübi. Wir möchten den Stadtrat fragen, ob solche Vergleiche angestellt wurden und ob dies stimmt. Wirklich stossend wäre, wenn die SFD AG bei den Angestellten die Löhne nach unten drückt und sich nur beim Verwaltungsrat und Geschäftsführer grosszügig zeigt. Wir möchten deshalb wissen, wie hoch die Entschädigung für die Verwaltungsräte ist und welche anderen Vergünstigungen hier eventuell noch dazu kommen. Auch interessiert uns das Gehalt des neuen Geschäftsführers, ebenfalls inklusive eventuellen erfolgsabhängigen Boni und anderen Vergünstigungen.“

Das Geschäft Nr. 237/2009 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

## **8. Genehmigung der revidierten Statuten des Zweckverbandes Spital Uster (Geschäft Nr. 198/2009)**

Referat GRPK durch Gaby Gossweiler (FDP):

„Die Revision der Statuten des Zweckverbandes Spital Uster ist eine Anpassung der jetzigen Statuten an neue Voraussetzungen, die durch die gültige Verfassung des Kt. Zürich gegeben werden. Gemäss dieser sind Statuten von Zweckverbänden so zu gestalten, dass demokratische Rechte ausgebaut und das Initiativrecht eingeführt werden. Die vorliegenden Statuten entsprechen den rechtlichen Vor-



gaben. Enthalten sind in der vorliegenden Revision zwei Entscheide ohne zwingende gesetzliche Grundlagen. Dies ist einerseits die erweiterte Finanzkompetenz für die Führungsgremien des Spital Uster, andererseits die Herauslösung des Krankenhauses Rotacher aus dem Zweckverband Spital Uster. Die UK hat nach eingehendem Studium der Vorlage Fragen bezüglich der Auslösung des Krankenhauses Rotachers an den zuständigen Stadtrat Kurt Spillmann gestellt, diese wurden umgehend beantwortet, blieben aber in einem Punkt unklar. Diese Unklarheit konnte in einem konstruktiven Gespräch vollumfänglich bereinigt werden. Der vorliegende Antrag entspricht dem GRPK-Raster ungenügend, fehlt doch die Zusammenstellung der Finanzkompetenzen neu/alt. Der Antrag ist im Prinzip ausführlich und nachvollziehbar, berücksichtigt aber die spezifischen Interessen der Stadt Dübendorf wenig, das heisst sie ist ohne Korrektur der zuständigen Gremien der Stadt Dübendorf von der Leitung der Delegiertenversammlung Zweckverband Spital Uster übernommen worden. Die Aktenaufgabe ist nicht zu beanstanden. Als öffentlich-rechtliche Anstalt muss sich der Spital Uster zielgerichtet und zeitpräzise am Markt orientieren können. Dazu gehört ein finanzieller Spielraum, der es gestattet, innert nützlicher Frist finanzielle Entscheide treffen zu können. Die in den revidierten Statuten dargelegten Finanzkompetenzen sind zeitgemäss und geben den Führungsgremien den nötigen finanziellen Spielraum unter Einbezug der demokratischen Gremien wie Verwaltungsrat, Delegiertenversammlung, Stimmvolk. Der Stadtrat hat am 25.10.2007 auf Antrag der Mitglieder der Steuerungsgruppe ‚Rotacher im Wandel‘ Stadträtin Edith Jöhr und Stadtrat Hans Zeier unter Einbezug der Delegierten aus Dübendorf im Zweckverband Spital Uster den Grundsatz gefällt, der Loslösung des Krankenhauses Rotacher aus dem ZV Spital Uster zuzustimmen und nicht mehr den Trägergemeinden des Krankenhauses Rotacher anzugehören. Die bisherigen Trägergemeinden Dietlikon (Standortgemeinde), Wangen-Brüttisellen und Wallisellen werden neu als Interkommunale Anstalt das Krankenhaus Rotacher unter dem Namen „Pflegezentrum Rotacher“ weiterhin betreiben. Dübendorf wird zukünftig mit der Leitung des Pflegezentrums Rotacher einen Anschlussvertrag mit Option auf 20 Betten ausarbeiten. Diese 20 Betten sind in der Pflegebettplanung der Studie Helbling bis 2020 fest eingerechnet. Die im Antrag anvisierten Ziele der Anpassung der Statuten an die neue kantonale Verfassung sind erreicht, der neue finanzielle Spielraum für die Führung des Spitals Uster ist zeitgemäss, und mit den notwendigen demokratischen Rechten für die Stimmberechtigten ergänzt. Zu kritisieren wäre allenfalls die fehlende Begründung des Verzichts als Trägergemeinde des ‚Pflegezentrums Rotacher‘. Gemäss Auskunft des zuständigen Stadtrates Kurt Spillmann wird Dübendorf betreffend einem zukünftigen Anschlussvertrages mit der neuen Trägerschaft Verhandlungen aufnehmen. Dübendorf sei weiterhin interessiert, auch in Zukunft (bei Bedarf) im KRDB Wohnende zu platzieren. Ob die Verhandlungen mit der neuen Trägerschaft zum Abschluss eines Anschlussvertrages führen werden, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Bei akzeptablen Bedingungen, wovon auszugehen sei, stehe einem Anschlussvertrag nichts im Wege. Ein Anschlussvertrag für 20 Betten sei mittels SR-Beschluss vom 5.2.2009 festgehalten, dies jedoch ohne verbindliche Zusage. Ein allfälliger Anschlussvertrag würde im Kompetenzbereich des SR liegen. Sollte der Anschlussvertrag ausserhalb des Kompetenzbereiches des Stadtrates (finanziell) liegen, wäre der Gemeinderat zuständig. Verbindliche Aussagen zur Ausgestaltung des Anschlussvertrages können gemäss den vorliegenden Angaben zurzeit nicht gemacht werden. Die revidierten Statuten des ZV Spital Uster können nur in Kraft treten, wenn alle 17 Zweckverbandsgemeinden diesen zugestimmt haben. Eine Ablehnung des Geschäftes würde die zeitgerechte Umsetzung der Kantonalen Verfassung verunmöglichen und die geplante Umsetzung der interkommunalen Anstalt ‚Pflegezentrum Rotacher‘ verunmöglichen. Die GRPK ist einstimmig der Meinung, dem vorliegenden Geschäft sei zuzustimmen. Da Dübendorf eine der letzten Gemeinden ist, die über die Revision befinden, und die bisherigen Gemeinden der Revision zugestimmt haben, vor allem aber, da Wallisellen, Dietlikon und Wangen-Brüttisellen am 17. Mai 2009 mit deutlichem Mehr der Bildung einer interkommunalen Anstalt Pflegezentrum Rotacker zugestimmt haben, bittet die GRPK den Gemeinderat dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.“



## Stellungnahme Stadtrat Kurt Spillmann (SVP):

Kurt Spillmann dankt für das Votum und für die Begleitung des Geschäftes durch die GRPK. Er bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.

## Allgemeine Diskussion:

### *Andrea Kennel (SP):*

„Es ist bekannt und klar, dass wir bis Ende Jahr für das Spital Uster neue Statuten brauchen, das ist so vorgegeben. Was mich am vorliegenden Geschäft aber klar stört ist die Koppelung mit dem Austritt aus dem Zweckverband Krankenhaus Rotacher. Hier haben wir keine Wahl. Wenn wir die neuen Statuten für das Spital Uster genehmigen wollen müssen wir gleichzeitig dem Austritt aus dem Krankenhaus Rotacher zustimmen. Dieses Vorgehen finde ich politisch äussert bedenklich und unfair. De facto haben der Gemeinderat und auch die Bevölkerung von Dübendorf damit beim Entscheid über das Krankenhaus Rotacher kein Mitspracherecht. Daher werde ich der Vorlage nicht zustimmen. Wie erwähnt weiss ich aber, dass wir bis Ende Jahr neue Statuten für das Spital Uster brauchen. Um dies nicht zu gefährden werde ich die Vorlage aber auch nicht ablehnen. Somit bleibt nur Stimmenthaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich fordere Sie ebenfalls zur Stimmenthaltung auf. Damit können Sie dem Stadtrat signalisieren, dass sie beim Rotacher mitreden wollen, die Statuten des Spitals Uster aber nicht ablehnen.“

## Abstimmung:

Zustimmung zum Antrag Stadtrat zur Genehmigung der revidierten Statuten und der Übergangsregelung 29 Stimmen

Ablehnung des Antrags Stadtrat zur Genehmigung der revidierten Statuten und der Übergangsregelung 0 Stimmen

Der Gemeinderat bewilligt mit 29 zu 0 Stimmen die revidierten Statuten des Zweckverbandes Spital Uster und die Übergangsregelung.

## **9. Vier Bürgerrechtsgesuche**

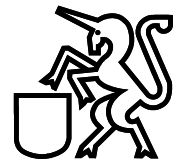
Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sämtliche Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Die BRK unterstützt diese Anträge einstimmig. Es wird deshalb auf Referate von Seiten der BRK verzichtet. Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

## Beschlüsse:

### Geschäft Nr. 101/2007

Sivapalan Subajini geb. Suntharalingam, srilankische Staatsangehörige, sowie die Kinder Varunshan, Shruthishan und Mahathishaan, Kunklerstrasse 2, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	4 Stimmen



## Geschäft Nr. 202/2009

Koltunski Edouard Tadeusz und Halina Teresa geb. Kniola, französische Staatsangehörige, Hurdackerstrasse 6, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

## Geschäft Nr. 203/2008

Bilotta Francesco, italienischer Staatsangehöriger, Eglshölzliweg 2, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	30 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

## Geschäft Nr. 204/2008

Fusco Elena geb. Dellomonaco, italienische Staatsangehörige, Sunnhaldenstrasse 26b, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	30 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

## **Einwände**

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

---

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

---

## **Für die Richtigkeit**

Der Sekretär

Marcel Amhof



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler